

URL: http://www.fr-online.de/top_news/?em_cnt=1294081

Robert Zion

"Die Basis will Schwarz-Grün nicht"

Rebell Robert Zion warnt seine Partei im FR-Interview vor einer Koalition mit der CDU.

Herr Zion, schwarz-grüne Bündnisse gibt es auf kommunaler Ebene schon lange. Ist ein schwarz-grünes Landesparlament nun der nächste Schritt?

Wenn es dazu kommt, kann das uns enorm schaden. Ich kenne die Basis, sie will dieses Projekt nicht. Wir verlieren schon jetzt Wähler an die Linke und die SPD, in Hamburg besonders bei den Jüngeren.



Robert Zion (privat)

Wenn Ihre linken Wähler zur SPD und Linken wechseln, dann könnten die übrigen mit einer CDU-Koalition einverstanden sei.

Was in Hamburg geschieht, das entscheiden die Hamburger. Wir dürfen nur nicht übersehen, dass die Union eine Strategie fährt, die uns den Kopf kosten könnte.

Die Union ist für die Schwäche der Grünen verantwortlich?



Die CDU-Führungsspitze, zum Beispiel Roland Pofalla, versucht die Situation jetzt so zu deuten, als sei sie eine Richtungsentscheidung bei den Grünen, ein Signal für Schwarz-Grün im Bund. Aber dieses Signal wäre für die Grünen die Totenglocke.

Was würden die Grünen denn verraten?

Ihre Identität. Im jetzigen Parteiensystem gibt es nur zwei Optionen: Entweder die alten Lager reformieren sich, speziell die SPD in ihrem Verhältnis zur Linkspartei. Oder es wird zu einer neuen politischen Bündniskultur kommen. Da sind die Grünen nun sehr attraktiv. Aber

mein Eindruck ist, dass uns das bürgerliche Lager ganz bewusst an sich heranzieht. Wir sollen dann zwischen den Lagern unbedeutend werden.

Was sind die unüberwindbaren Unterschiede zwischen CDU und den Grünen in Hamburg?

Die Elbvertiefung, das Kohlekraftwerk und die Bildungspolitik - diese Themen zum Beispiel. Die Grünen vertreten in der Bildungspolitik ganz klar das skandinavische integrierende Modell und nicht das Aussortieren der Kinder.

Ole von Beust lehnt das Integrationsmodell auch nicht ab.

Er selbst vielleicht nicht. Aber er ist auch eher eine liberale Ausnahme in der Hamburger CDU.

Das heißt, wenn die Grünen jetzt überleben wollen, müssten sie in der Opposition bleiben?

Nein, es heißt vielmehr, dass wir Inhalte vor Macht stellen und jeden Eindruck inhaltsloser Macht vermeiden müssen. Die Gefahr in Hamburg ist, dass sich die Grünen dort zu billig verkaufen könnten.

Zur Person

Robert Zion setzte beim Parteitag der Grünen zum Afghanistan-Einsatz der Parteispitze zu und wird deshalb auch der "Rebell von Göttingen" genannt.

Geboren wurde er 1966 in Kassel. Nach einer Ausbildung zum Koch, leistete Zivildienst in Marburg und studierte später Philosophie, Soziologie, Erziehungswissenschaften und Sozialpädagogik in Kassel.

Die Koalition mit der CDU wäre eine Gefahr, wenn die Hamburger Grünen viele Zugeständnisse machen. Sonst wäre das ein Zukunftsprojekt?

Das müssen nun wirklich die Hamburger entscheiden. Aber man muss erkennen, dass Schwarz-Grün oder Jamaika einfach zu konstruierte Projekte sind. Es gibt zu wenig Übereinstimmung.

Interview: Viktor Funk

Interview: **"Keine Koalition mit der SPD"**

Koalitionspoker um die Linke: **Vom Ende der Ächtung**

Wahlpoker: **Kaum erträgliche Farbenlehre**

[document info]
Copyright © FR-online.de 2008
Dokument erstellt am 25.02.2008 um 17:48:02 Uhr
Letzte Änderung am 26.02.2008 um 07:36:22 Uhr
Erscheinungsdatum 26.02.2008

25.03.2008

Partei-Rebell über grüne Koalitionsspielchen

"Trittins Strategie wird nicht aufgehen"

Rechtzeitig vor der Bundestagswahl 2009 gibt der Parteilinke Jürgen Trittin das Signal: Wir können mit jedem! Grünen-Rebell Robert Zion will aber nicht bei "irgendwelchen Parteien gucken, wie sie zu uns passen".



Robert Zion: "Die Bedeutung von Union und SPD schrumpft. Wenn die regieren wollen, brauchen sie uns." Foto: dpa

taz: Herr Zion, Jürgen Trittin will ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf 2009 gehen. Ist das der endgültige Abschied vom Projekt Rot-Grün?

Robert Zion: Trittin hat einfach ausgesprochen, was Realität ist. Rot-Grün war ein Generationenprojekt von Menschen, die eine gemeinsame Vergangenheit geteilt haben - den Protest gegen die herrschenden Verhältnisse und den Marsch durch die Institutionen beispielsweise. Künftig wird es für eine Zusammenarbeit mit der SPD nicht mehr das aufgeladene Wort Projekt geben. Es wird einfach Koalition heißen.

ROBERT ZION, 42, sitzt im Gelsenkirchener Grünen-Vorstand.

Bekannt wurde er durch den Parteitag von Göttingen 2007.

Soll der linken Basis damit eine Zukunft schmackhaft gemacht werden, in der auch Koalitionen mit CDU und FDP möglich sind?

Dass diese Strategie der Grünen-Führung aufgeht, glaube ich nicht.

Die letzten beiden Parteitage haben gezeigt, dass es an der Basis nicht unbedingt den Wunsch gibt, bei irgendwelchen anderen Parteien zu gucken, wie die zu uns passen. Die grüne Basis hat den Wunsch, die eigenen Positionen zu prüfen und zu überdenken. Wie stehen wir zu Einsätzen der Bundeswehr? Wie soll der Sozialstaat aussehen? Das sind die Fragen, mit denen sich die Basis beschäftigen will.

Damit würden die Grünen noch hinter die FDP zurückfallen. Deren Chef Guido Westerwelle hat ebenfalls erklärt, für die Bundestagswahl 2009 keine Koalitionsaussage machen zu wollen.

Es besteht eine Gefahr bei all diesen Koalitionsspielchen: dass die Grünen ein Image als reine Machtopportunisten bekommen, die alles tun, damit sie regieren können. Und was die FDP betrifft - deren Schwenk halte ich für sehr viel unglaubwürdiger als die Aussagen von Trittin.

Warum?

Weil die FDP seit den 80er-Jahren eine betonharte Klientelpolitik für die Globalisierungsgewinner betreibt. Ihre bürgerrechtlichen Themen hat sie vergessen. Natürlich gibt es noch Linksliberale in der Partei, aber die haben keine Macht. Die FDP hat für diesen Rechtskurs sehr viel gezahlt. Denn das bürgerrechtsbewegte Bürgertum, die Aufgeklärten, wählen längst uns und nicht die Freidemokraten. Jedenfalls ist die FDP mit ihrem derzeitigen Gebaren und ihrer neoliberalen Betonideologie selbst für die Union ein nicht ganz einfacher Partner. Für die SPD wäre sie ein schwieriger Partner - und eine Zusammenarbeit mit den Grünen ist derzeit wenig vorstellbar.

Fritz Kuhn hat Anfang März gesagt, die Grünen müssten künftig nach mehr Gemeinsamkeiten mit der FDP suchen, damit man in künftigen Koalitionen nicht von den Volksparteien erdrückt wird. Da machen Sie offenbar nicht mit, oder?

Kuhn hat auch gesagt, dass die FDP die Partei ist, welche die Grünen-Basis am heftigsten verabscheut. Und damit hat er recht. Das wird auch noch eine Weile so bleiben. Es gibt an dieser Stelle eine grundsätzliche Kluft zwischen Parteibasis und Fraktionsspitze. Während die Basis über Inhalte diskutieren will, denkt die Führung vor allem daran, die Partei so anschlussfähig wie möglich zu machen. Und was die Volksparteien betrifft - ich sehe die Gefahr des Erdrückens nicht. Die Bedeutung von Union und SPD schrumpft. Wenn die regieren wollen, brauchen sie uns.

Allein mit Selbstbesinnung werden die Grünen sich in einem Fünfparteiensystem aber schwertun. Wäre es Ihnen lieber, über eine Öffnung zur Linken zu sprechen?

Niemand spricht von reiner Selbstbesinnung, sondern davon, dass die Grünen-Spitze dem Wunsch nach inhaltlicher Diskussion nur unzureichend nachkommt. Nur wenn wir wissen, wofür wir stehen, können wir Koalitionen eingehen, in denen wir sichtbar bleiben. Und was die Linken betrifft - auch da sieht die Grünen-Basis große Differenzen. Diese Partei ist einfach zu staatsfixiert und wenig linksliberal. Sie stellt die richtigen Fragen, aber sie hat keine Antworten. Und die Grünen, welche etwas mit der Linken anfangen können, sind schon längst in diese Partei gewechselt.

Sie sagen, der Abschied von Rot-Grün ist nicht so dramatisch. Heißt das, bei Ihnen in Nordrhein-Westfalen kann man es auch mal mit der CDU versuchen?

Um Himmels willen, nein. Die Politik der CDU-FDP-Regierung repräsentiert all das, was wir nicht wollen. Wir müssen hier versuchen, mit der SPD bei den nächsten Landtagswahlen eine Mehrheit zu erringen. Und was die Linke betrifft - die müssen wir draußenhalten und selbst die Stimmen bekommen.

INTERVIEW: DANIEL SCHULZ

<http://www.taz.de/nc/1/politik/deutschland/artikel/1/trittins-strategie-wird-nicht-aufgehen&src=PR>

© taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz Verlags

WWW.TAGESSPIEGEL.DE



URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Hamburg;art122,2514457>

Grüne

"Hamburg kann uns ein Drittel der Wähler kosten"

Der Grünen-Parteirebell Robert Zion hält nichts von einer Zusammenarbeit mit der CDU und plädiert eher für die Rot-Rot-Grüne Alternative.



Robert Zion gilt als Wortführer linksorientierter Grüner. - Foto: dpa

16.4.2008 22:07Uhr

Herr Zion, was bedeutet es für die Grünen, falls diese Woche in Hamburg die erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene besiegelt wird?

Dann haben wir ein Problem, auch wenn die Hamburger Grünen nur entscheiden, was in Hamburg passiert. Denn Schwarz-Grün in Hamburg kann uns enorm schaden. Wenn dann der Verdacht aufkommt, dass die Grünen sich auch im Bund gern mit der Union einlassen, kann uns das ein Drittel unserer Wähler kosten. Die letzten Wahlen haben doch gezeigt: Was wir am linken Rand verlieren, gewinnen wir in der Mitte nicht dazu.

Sie haben auf dem Parteitag in Göttingen erfolgreich die Basis gegen die Parteiführung organisiert. Wie sieht die Grünen-Basis nun diese neue Konstellation in Hamburg?

Ich denke, die Basis will dieses Projekt nicht. Das hat sich auch am Wochenende beim Parteitag der nordrhein-westfälischen Grünen gezeigt. Die Grünen dürfen den Stimmzettel nicht zum Lotterielos machen, bei dem unsere Wähler mit Merkel im Bund oder Rüttgers in Nordrhein-Westfalen eine Niete ziehen.

Was schreckt Sie so an der Aussicht auf eine Zusammenarbeit mit der Union im Bund?

Wir haben kaum Gemeinsamkeiten. Trotzdem gibt sich die Union alle Mühe, die Verhandlungen in Hamburg als Richtungsentscheidung der Grünen und Signal für Schwarz-Grün im Bund zu deuten. Das rechte Lager will uns mit Macht an sich heranziehen. Dabei gibt es kaum Wähleraustausch. Unsere Wähler würden uns nie verzeihen, dass wir unsere Identität verraten. Die Hochphase der Verbürgerlichung der Grünen ist längst vorbei.

Nun scheint sich ein Fünf-Parteien-System zu etablieren, bei dem im Bund keine Partei mit nur einem kleinen Partner mehr eine Mehrheit gewinnt. Wo ist der Ausweg für die Grünen?

Wir sollten nach den Bundestagswahlen 2009 auch die rot-rot-grüne Alternative prüfen, also eine Koalition mit SPD und Linkspartei. Aber das hängt von der Entscheidung der SPD ab. Die Sozialdemokratie ist faktisch gespalten in eine links- und eine rechtssozialdemokratische Partei, denn die Linkspartei im Westen ist eine

Abspaltung der SPD. Die SPD sollte sich an ihrer hessischen Landesvorsitzenden Andrea Ypsilanti orientieren, die für eine moderne Sozialdemokratie steht und auf hysterische Abgrenzungsbemühungen gegenüber der Linkspartei verzichtet.

Das Gespräch führte Hans Monath.

Robert Zion

gilt seit dem Göttinger Parteitag Ende 2007 als Wortführer linksorientierter Basis-Grüner. Damals verlor die Parteispitze gegen ihn eine wichtige Afghanistanabstimmung.

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 17.04.2008)



🔊 Schwarz-Grün in NRW nicht denkbar ([16.04.08; Länge: 3'28"](#))

Schwarz-Grün in NRW nicht denkbar

Für NRW ist Schwarz-Grün kein denkbare Modell, versicherte "Partei-Rebell" Robert Zion (Bündnis 90 / Die Grünen) aus Gelsenkirchen im *WDR 2 Morgenmagazin*. Nur das liberale Beiwerk der Konservativen darzustellen sei mit Sicherheit nicht die Aufgabe der Grünen (Moderation: Jan Malte Andresen):

Jan Malte Andresen: Herr Zion, Guten Morgen und ich sag mal: Herzlichen Glückwünsch!

Robert Zion: Ja, Danke!

Ja, Ihre Partei einmal mehr an der Regierung beteiligt. Tolle Sache!

Ja, das ist so auch ein bisschen die Gefahr, dass wir jetzt so wahrgenommen werden, dass wir um jeden Preis an irgendwelche Regierungen ran wollen.

Ja, finden Sie das nicht gut!

Sagen wir mal so: Was in Hamburg passiert, entscheiden natürlich einzig und allein die Hamburger. Womit ich Probleme habe, ist, dass dies jetzt als Modellprojekt gedeutet wird für den Bund, was ja im Konrad-Adenauer-Haus der CDU auch offensichtlich so beabsichtigt ist.

Was befürchten Sie, wenn es so käme?

Was ich befürchte, ist das, was eingetreten ist. Wir haben in Hessen und Hamburg ein Viertel unserer Wähler verloren, an die Linkspartei, an die SPD, teilweise sogar an die Nichtwähler und aus der Mitte nichts hinzugewonnen.

Aber vielleicht, mag der eine oder andere argumentieren, gäbe es ja auch ganz neue Stimmen, wenn Sie von vorne herein sagen: na ja, wir können uns auch vorstellen, mit der CDU eine Regierung zu bilden?

Alle Wahlanalysen sagen: der Wähleraustausch ins sogenannte „bürgerliche Lager“ tendiert gegen Null bei den Grünen mittlerweile.

Also ist das auch kein Modell für die Landtagswahl in NRW in zwei Jahren?

Nein. Also wir haben ja auf dem Landesparteitag in Hamm auch deutliche Worte gefunden. In NRW ist das kein Modell, nein.

„Das, was da in Hamburg passiert, ist auch ein Stück Befreiung von der Umklammerung der SPD“, sagt ihre Parteikollegin Christine Scheel, stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bund. Ist doch auch nicht von der Hand zu weisen, eigentlich?



Robert Zion

Wir waren nie von der SPD umklammert, sage ich der Christine Scheel zurück, wir waren immer links-liberales Korrektiv der SPD und ökologisches Korrektiv.

Also wünschen Sie sich eine klare Koalitionsaussage für die Bundestagswahl 2009?

Nein, das wird keine Partei mehr machen. Das ist nun einmal die neue Situation. Wir haben ja alle mitbekommen, was in Hessen passiert, wenn man mit solchen Aussagen reingeht. Was wir aber machen können, ist, ganz klar zu sagen, wo unsere inhaltlichen Schwerpunkte sind, wer uns näher steht und mit wem es sehr, sehr unwahrscheinlich wird, eine Regierung zu bilden. Das werden wir auf alle Fälle tun, denke ich.

Nahe steht ihnen die SPD, nahe steht ihnen programmatisch auch die Linkspartei. Wo liegt die Zukunft der Grünen, wo sind sie dann noch?

Wir sind die moderne, emanzipatorische linke Partei in Deutschland. Das ist unsere Zukunft. Unsere Zukunft liegt darin, auf die Fragen, die sich mittlerweile in der Gesellschaft auftun, die klaren Antworten zu geben. In Fragen der Umweltpolitik, des Klimawandels, in Fragen der Bürgerrechte, in Fragen der sozialen Sicherung.

Und mit dieser Modernität und dem Emanzipatorischen möchten sich offenbar nun auch die Unionspolitiker schmücken und holen sie gerne in die Regierung. Oder wie erklären sie sich das, was in Hamburg passiert?

Ja, die Union weiß sehr genau: sie hat keine strukturelle Mehrheit für das bürgerliche Lager im Land. Sie hat es ja nun mal jahrelang versucht, eine solche zu gewinnen. Sie hat Probleme im urbanen Milieu, also in den Städten und versucht jetzt sehr bewusst, uns an sich heranzuziehen. Aber ich denke, wir sollten darauf nicht hereinfallen und sozusagen das liberale Beiwerk der Konservativen werden. Den Gefallen sollten wir ihnen nicht tun.

http://www.wdr.de/cgi-bin/mkram?rtsp://ras01.wdr.de/radio/wdr2/moma/080417_moma_schwarz-gruen_und_nrw.rm

Wie grün sind die Grünen?

WDR 5: Guten Tag, Herr Zion.

Robert Zion: Guten Tag.

Sie haben als Parteilinker schon früh vor einer Koalition mit der CDU in Hamburg gewarnt. Die Grünen wollten ja in Hamburg dieses Kraftwerk nicht. Sie haben ganz klar im Wahlkampf dagegen Werbung gemacht. Jetzt musste es eine Grüne Umweltsenatorin genehmigen. Wäre das ein Grund, eine Koalition platzen zu lassen?

Nach dem Koalitionsvertrag nicht. Nein. In dem Koalitionsvertrag steht ja dazu nur ein einziger Satz drin, dass die rechtlichen Bedingungen darüber entscheiden, ob Moorburg nun genehmigt wird oder nicht.

Das ist ja auch durchschaubar. Für was halten Sie den die Grünen in Hamburg: für unglaublich naiv, weil sie ehrlich geglaubt haben, sie könnten das Kraftwerk verhindern? Oder eher für unglaublich machtgeil, weil sie trotz Moorburg an die Regierung wollten?

Die Grünen haben ja in Hamburg bei der Bürgerschaftswahl ein Viertel ihrer Wähler verloren, eben gerade, weil Krista Sager noch während des Wahlkampfes plötzlich Schwarz-Grün nicht mehr ausschloss. Danach hat auch Christa Goetsch eindeutig gesagt, dass habe den Grünen schwer geschadet. Und jetzt sagt ja Anja Hajduk, die Umweltsenatorin, man habe eine Niederlage erlitten. Wenn ich das jetzt z.B. mal mit der Niederlage der CSU vergleiche – die hat ja auch ein Viertel ihrer Wähler verloren -, da haben aber alle Verantwortlichen gesagt: Ja, wir haben die Botschaft der Wähler verstanden, wir übernehmen die Verantwortung, wir treten zurück.

Darf ich das dann noch mal so verstehen, dass Sie also im Prinzip die Hamburger Grünen-Vorstände auffordern, das Gleiche zu tun?

Das wäre, wenn ich Mitglied der GAL wäre, mein Antrag – natürlich. Da muss die Verantwortung für übernommen werden, meiner Ansicht nach. Das ist ja kein Koalitionsbruch, sondern eigentlich noch viel schlimmer, was da geschehen ist, das ist ja Wählerbetrug. Weil ja der Wahlkampf explizit mit diesem Hauptthema geführt wurde, u.a. ja auch mit der Elbvertiefung und Abschaffung der Studiengebühren und da so gut wie garnichts erreicht wurde in der schwarz-grünen Koalition.

Nun sagen die Gegner der Grünen ja, das ist ein Weg für den Einstieg in die Kohle bei den Grünen, den die Hamburger da gefunden haben. Es gibt ja prominente wie Joschka Fischer, der gern durchblicken lässt, die Grünen könnten nicht gleichzeitig aus Kohle und Atomkraft aussteigen. Nun hat Fischer, das wissen wir beide, offiziell nichts mehr zu sagen, aber, im November soll ja Cem Özdemir Ihr neuer Grünen-Chef werden und von dem weiß man, dass er ähnlich denkt wie Fischer. So einen können Sie doch eigentlich nicht wählen, oder?

Cem Özdemir hat das ja wieder zurück genommen, hat gesagt, das war ein Missverständnis.

Haben Sie ihm das geglaubt?

Ja, wenn er das sagt, muss ich ihm das natürlich glauben.

Wie sieht es denn in Ihrem Inneren aus?

Ja, wissen Sie, in meinem Inneren sieht es so aus, dass ich glaube, dass die Grünen in der Bundesrepublik momentan einer ihrer schwierigsten Phasen durchmachen. Nämlich im Umbruch des Parteiensystems glauben einige bei uns, wir müssen uns von unserem Anspruch, Konzept- und Programmpartei zu sein, lösen und Scharnierpartei werden. So wie die FDP etwa. Ich glaube, das würden die deutschen Grünen nicht überleben, dann würden wir das Schicksal wahrscheinlich der italienischen und französischen Grünen teilen und in der Bedeutungslosigkeit verschwinden. Das treibt mich um, das sage ich Ihnen auch ganz ehrlich.

Was sollten die Grünen dann nun lernen aus Hamburg für künftige Koalitionsverhandlungen, auch in NRW oder auf Bundesebene? Lohnt sich ein Wahlkampf gegen Sachen, den man nicht gewinnen kann. In diesem Fall also gegen Umweltsünden, die die Grünen dann später als Regierungspartei mittragen müssten?

Nein, die Botschaft sollte eine offensive sein. Wir sollten keine Partei gegen etwas sein, sondern FÜR etwas: Nämlich nicht gegen irgendwelche Umweltsünden, sondern FÜR die Energiewende, FÜR erneuerbare Energien, FÜR ein neues Paradigma im Sozialsystem, FÜR eine verantwortungsvolle Friedens- und Außenpolitik. Die Partei selber hat ja auf ihren letzten beiden Parteitag in Göttingen und in Nürnberg auch eine umfassende Programmatik in der Richtung verabschiedet.

Und wenn die Partei im Wahlkampf schon merkt, dass sie das mit keinem Koalitionspartner erreichen kann, ihre eigenen Ziele, dann sollte sie sich aus der Regierung raushalten? Ist das Ihre Meinung?

Natürlich, ich habe ja in Göttingen gesagt auf dem Sonderparteitag, bzw. danach habe ich das der taz gesagt: Wer den Nachweis seiner Oppositionsfähigkeit nicht erbringen kann, der braucht über seine Regierungsfähigkeit erst gar nicht nachdenken.